

Keine Hüpfburg für die AfD in Essen



Einblick in die Veranstaltung in Altenessen. (Foto: lys)

Am vergangenen Samstag, 8. April, fand der Wahlkampfauftakt zur Landtagswahl der Alternative für Deutschland (AfD) am Altenessener Markt statt. Die Bundesvorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen, sowie NRW-Spitzenkandidat Marcus Pretzell und Direktkandidat Guido Reil betrat die Bühne. Mehrere Protestaktionen dagegen fanden zeitgleich statt. Die AfD erreichte in Essen bei weitem nicht die angestrebte Teilnehmendenzahl: Umso „familiärer“ bemühte sich die Partei, mit rassistischen Klischees um die deutsche Identität. Unter Polizeischutz, von Gegenveranstaltungen flankiert, von Anhängenden bejubelt.

Auf dem Marktplatz betrat Jörg Meuthen, geborener Essener und Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg, mittags von Schützenmusik untermalt die Bühne. Mittlerweile hatten sich etwa 400 Personen darum versammelt – statt der angekündigten Eintausend. Er betrauerte, dass viele Zuhause geblieben seien. Das geplante Fest mit Hüpfburg und Co. hat sich in eine Redner*innenveranstaltung gekehrt, polizeilich abgesperrt mit Taschenkontrollen und Befragungen am Eingang. Auch die Band sagte wegen vielfältigen, geplanten Gegenprotesten und im Vorfeld angekündigten Störaktionen (z.B. der Gruppe Antifa Essen Z) ihren Auftritt ab.

Meuthen holte aus, sprach von „Schmuddelecken“, „No-Go-Areas“, „Parallelgesellschaften“, das Publikum johlte dazu. Es müsse wieder Recht und

Ordnung herrschen wie im nostalgisch herauf beschworenen Essen alter Zeiten. Bevor Rot-Grün, die „linksgepolten Ideologen“, das Bundesland heruntergewirtschaftet hätten, vor der „Mogelpackung CDU“, die Kinder zurückgelassen hätte. Die Bundesregierung, müsse endlich wieder „dem deutschen Volke“ dienen. Dass Geflüchtete „mehr als Gold bringen“ würden, wird lauthals belacht, „Islamverstehler“ schützten die deutschen Grenzen nicht genug. All das dient zur Untermauerung der Fremdenfeindlichkeit der AfD. Auch politische Gegner*innen werden diffamiert. Am Gehalt von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz soll belegt werden, dass er „ein unsozialer Raffzahn“ sei und Alliterationen wie der „lasche Laschet“ (bezüglich des CDU Landesvorsitzenden Armin Laschet) versprühen RTL2-Flair. Das ist die AfD – konservativ, familienfreundlich, bürgernah.

Keinen Bock auf Rassismus

Diese Wirklichkeitskonstruktionen passieren aber nicht unbehelligt. Hundert Meter weiter fand eine Kundgebung mit etwa 30 Teilnehmenden vom Bündnis Utopie in Kooperation mit der Duisburger Gruppe Crème Critique statt. Das parteinahe Bündnis Essen stellt sich quer organisierte einen Infostand direkt vor der U-Bahn Station Altenessener Markt. Dort wurde zwischen Infomaterial auch Trillerpfeifen ausgegeben. Geplant war mit den AfD-Anhängenden auf der Veranstaltung zu diskutieren.

Ab 12 Uhr fand sich eine Gruppe Protestierender von etwa 30 Personen, mit Schildern und „FCK AfD“-Regenschirmen ausgerüstet am hinteren Teil des Platzes zusammen und skandierten, später von der Polizei abgeschirmt, zu den Redner*innen Parolen wie „Wer Deutschland nicht liebt, hat Deutschland verstanden“ und pfffen. Die Reden von Pretzell und Petry konnten trotzdem gehört werden. AfD-Anhängende kommentierten die protestierende Gruppe derweil mit Sprüchen wie „ab ins Lager“ und sie seien „Sozialschmarotzer“.

Auch direkt vor der Bühne wurde Protest bemerkbar. Zwei Personen in roten Kostümen liefen etwa eine Stunde durch die Menge, posierten und zogen die Aufmerksamkeit weg vom Bühnengeschehen. Während Frauke Petry als letzte Rednerin über Familienwerte, echten Konservatismus, gegen Frühsexualisierung, für Grenzschutz und den aufblühenden deutschen Stolz sprach, riefen Aktivist*innen vor der Bühne zum Beispiel „Endlich wieder für Deutschland töten, Endlich!“. Ein Veranstaltungsteilnehmer schubste daraufhin einen Aktivist, danach mussten die umstehenden Personen den AfD-Sympathianten zurückhalten. Petry stellte währenddessen die eigene Veranstaltung als demokratisch den „linksextremistischen“ Protestierenden gegenüber. Die Redner*innen begaben sich schließlich gemeinsam süffisant lä-

Fahren ohne Chipkarte



Bye, bye Ticket-Karte! Der Bereich Einschreibungswesen hat sich endgültig vom Semesterticket auf der Chipkarte verabschiedet. Die Kritik an dieser Entscheidung lest ihr auf **Seite 2**

Blick ins Wahlprogramm



Die nächsten, bitte! In unserer Reihe zu den Wahlprogrammen zur Landtagswahl beschäftigen wir uns mit den Zielen der Linken NRW auf den **Seiten 4/5**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

chelnd auf die Bühne, dann wurde die deutsche Nationalhymne gesungen.

Während die umliegenden Protestveranstaltungen zusammenpackten, berichten Aktivist*innen, dass Neonazis durch die Gegenkundgebung gelaufen seien und bestätigen, dass diese Personen auch Teil der Wahlkampfveranstaltung waren. Berichtet wird auch, dass das Publikum sich weniger aus dem Essener Spektrum mobilisierte. Aktivist*innen erzählen, dass sie vorm Betreten der Veranstaltung aussortiert wurden. Der Protest verlief weitestgehend friedlich.

Bach von Crème Critique wies darauf hin, dass die Gegenkundgebung zum Wahlkampfauftakt auch dafür genutzt worden sei, auf den Bundesparteitag der AfD am 22. April in Köln aufmerksam zu machen. Geplant dagegen sind Blockaden und die „größte Demo gegen den gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck in Deutschland“, der nicht bloß von der AfD ausginge. Dabei soll sich unter anderem gegen Abschottungspolitik und für solidarische Alternativen ausgesprochen werden. Es wird gemeinsame Abreisepunkt in verschiedenen Ruhrgebietsstädten geben. [lys]

Semesterticket: Nur noch Handy und Papier

Kommentar

Solidarität gesucht!

Ein Kommentar von Maren Wenzel

Rom – das bedeutet auf Deutsch nicht mehr und nicht weniger als „Mensch“. Es ist eine Bezeichnung für die größte Minderheit Europas: Sinti und Roma. Am 8. April begehen diese weltweit den Roma Day, um auf die Vorurteile, Benachteiligungen und Diskriminierungen gegen sie aufmerksam zu machen. Und das müssen sie leider auch. Denn noch im Jahr 2017 braucht es mehr als die bloße Debatte um das „Zigeunerschnitzel“ – sinti- und romafeindliches Denken und Handeln muss, wie es die Betroffenen fordern, gesamtgesellschaftlich verurteilt werden.

Eigentlich müsste gerade die deutsche Gesellschaft wissen, wie mörderisch die Vorurteile gegen die Minderheit sein können. Mindestens hunderttausend Sinti und Roma wurden während des NS-Faschismus als „Zigeuner“ verfolgt und vernichtet. Zehntausende von ihnen starben in Auschwitz an Mangelernährung, Krankheiten oder wurden in den Gaskammern ermordet. Ähnlich dem Begriff der Shoa bezeichnen Angehörige der Minderheit diesen Genozid auf Romanes als Porajmos. Und gleich dem Antisemitismus grassiert auch heute noch der Antiziganismus gegen Sinti und Roma.

Gerade in den fünf von der Bundesregierung als „sichere Herkunftsstaaten“ benannten Länder im Westbalkan werden Roma diskriminiert, ausgegrenzt, teilweise sogar attackiert. Trotzdem haben sie in Deutschland wenig bis gar keine Chancen auf Asyl und werden abgeschoben. Jene, die als EU-Bürger*innen nach Deutschland kommen, werden hierzulande auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt diskriminiert. Das zeigten nicht zuletzt die menschenunwürdigen Zustände im Haus „In den Peschen“ von Neonazis umrundet und schließlich von der Stadt Duisburg geräumt wurde.

Aussagen wie „Ich hätte gerne das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben könnte“ von Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link (SPD) müssen als antiziganistisch verurteilt werden. Über Antiziganismus und die Geschichte von Sinti und Roma muss aufgeklärt, die Verfolgung von Roma muss als Asylgrund anerkannt und angewandt werden. Roma und Sinti müssen endlich gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft sein. Das geht aber nur mit Solidarität und Fürsprecher*innen, die zeigen, dass sie aus der Geschichte gelernt haben und Verantwortung übernehmen.



Ist das Ende des Semestertickets auf der Chipkarte besiegelt? Studierende wehren sich dagegen. (Foto: dav)

Das Semesterticket in Form der All-in-one-Lösung auf dem Studierendenausweis scheint nun endgültig Geschichte zu sein. In der Studierendenschaft und auf Seiten des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) regt sich aber weiter Kritik gegen die Umstellung auf Handy und Papier.

Zukunft ist Vergangenheit ist nicht nur der Titel eines *X-Men* Films, es ist auch zum Teil ein passender Slogan für die Ticketumstellung an der Universität Duisburg-Essen. An die Vergangenheit dürften sich dabei vor allem Studierende ohne Smartphone erinnern fühlen. Sie werden das Semesterticket lediglich in Papierform nutzen können. Mit dem Ende der All-in-one-Ticketlösung dürfte auch der Neid ein Ende haben, der von Studierenden anderer Universitäten wie Bochum oder Düsseldorf, für die das auszudruckende Ticket schon immer die einzige Möglichkeit bot, wie immer wieder auf WG- oder Unipartys geäußert wurde.

VRR drängte auf Umstellung

Als Ursache dafür, das Ticket überhaupt umzustellen, verweist Ludwig Ciesielski, Leiter des Einschreibungs- und Prüfungswesens der Universität Duisburg-Essen, auf den Verkehrsbund Rhein Ruhr (VRR): „Die Verkehrsbetriebe hatten technische Probleme mit dem Hintergrundsystem, die sich auch auf das Schreiben des Semestertickets auf die Chipkarte auswirkten. Deshalb wandte sich der VRR im Januar 2016 an die UDE und schlug vor, das Semesterticket auf den zunehmend üblichen Online-Standard umzustellen.“ Daraufhin habe man gemeinsam mit VRR, der Universitätsverwaltung, der Firma Intercard und der Studierendenvertretung beschlossen, das mobile Ticket als Ergänzung bereitzustellen.

Dass nun das Ticket gänzlich wegfällt, liege ebenfalls an den Verkehrsbetrieben. So sei im Oktober vergangenen Jahres das Kundenmanagement der Essener Verkehrs AG (EVAG) an das Studierendensekretariat herangetreten und habe mitgeteilt, dass bisher ausgestellte Ausweise mit Ticket zwar ihre Gültigkeit behalten würden, neu ausgestellte Ausweise aber mittels des Handy-Ti-

ckets oder eines Ausdrucks vorgezeigt werden müssen.

Aus zusätzlichem Service wird Alleinlösung

Im Rahmen der Ticketumstellung hatte der vorherige AStA immer wieder Kritik am Vorgehen geäußert und Ciesielski einen Alleingang vorgeworfen (aktuell berichtete). Er weist die Kritik zurück und erklärt, bereits im Februar 2016 mit dem damaligen AStA-Vorsitzenden Marcus Lamprecht (Grüne Hochschulgruppe) in Kontakt getreten zu sein. Dieser sei auch damit einverstanden gewesen, das Semesterticket als zusätzliche mobile Variante bereitzustellen. Auf Anfrage von aktuell betont Lamprecht, dass die Zustimmung für das Handy-Ticket sich allein auf die Beschränkung als Zusatzangebot bezog, er jedoch dem Ersatz der Chipkarte deutlich widersprochen habe. Zu dieser Zeit habe auch Ciesielski lediglich von einem Zusatzangebot gesprochen.

Neben mangelhafter Kommunikation wurden auch vermeintliche Risiken eines Datenmissbrauchs und die Gefahr des sozialen Ausschlusses für Studierende ohne Smartphone genannt. Ciesielski sieht jedoch die Vorteile des Tickets, wie die Unabhängigkeit von Bürozeiten und den Wegfall der Bearbeitungsgebühr für Studierende im Falle eines Ticketverlusts als ausschlaggebend. Auch der Datenschutzbeauftragte der Universität Duisburg-Essen habe das Verfahren genehmigt.

Der aktuelle AStA steht dem Handy-Ticket jedoch ebenfalls kritisch gegenüber. Dominik Dyba (Antihelden) vom Referat für Ökologie, Mobilität und Gesundheit erklärt: „Der Weg hin zur App und PDF-Ticket stellt für uns einen enormen Rückschritt dar und ist für uns vollkommen unverständlich. Anfragen, Berichte und Beschwerden aus der Studierendenschaft bestätigen uns darin und verdeutlichen, dass der Übergang nur Probleme schafft und der Wunsch der Studierendenschaft eindeutig ist, dass das Ticket in seiner jetzigen Form beibehalten werden muss.“ Aktuell befinde sich der AStA-Vorsitz auch noch in weiteren Verhandlungen bezüglich des Studententickets. Eine schnelle Rückkehr zur Chipkarte erscheint derzeit jedoch unwahrscheinlich. [dav]

Aktenschließung ohne Aufklärung

Am vergangenen Donnerstag, 6. April 2017, wurde im nordrhein-westfälischen Landtag der Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum NSU vorgestellt. Über 1.000 Seiten dokumentieren die Arbeit und Sitzungen der Abgeordneten, dennoch bleiben im NSU-Komplex viele Fragen offen. Die Opfer und Angehörigen sind unzufrieden, die Behörden behindern die Aufklärung und die Abgeordneten stoßen an ihre Grenzen.

Es ist der 4. November 2014 als die Bemühungen der Landtagsabgeordneten Birgit Rydlewski (Piraten) endlich belohnt wurden: Einstimmig setzte der Düsseldorfer Landtag zur Untersuchung des NSU-Komplex einen parlamentarischen Ausschuss ein. Erörtert werden sollte, ob es ein „mögliches Fehlverhalten nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden“ gegeben hat. Zudem sollten die Abgeordneten „die Aktivitäten der rechtsterroristischen Gruppierung NSU und eventueller Unterstützerinnen und Unterstützer“ in Nordrhein-Westfalen untersuchen.

Enttäuschende Ergebnisse

Nach über zwei Jahren wurde nun der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses im Landtag vorgestellt. Zwei Tage nachdem sich der Mord an Mehmet Kubaşık, der das achte Opfer des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wurde, zum 11. Mal jährte und zeitgleich zum Gedenken an das neunte Opfer in Kassel: Halit Yozgat. Seit den Morden sind beide Opfer-Familien miteinander verbunden. Vor elf Jahren gingen sie gemeinsam mit etwa 4.000 Menschen in Kassel auf die Straße. „Kein 10. Opfer“, forderten sie. Ismail Yozgat, Vater des ermordeten Halit Yozgat, der ein Internet-Café in der Holländischen Straße in Kassel betrieb, fragte damals: „Wie viele Hinrichtungen müssen noch vollzogen werden, bis die Täter gefasst werden?“

Auch heute noch sehnen sich die Opfer-Familien Kubaşık und Yozgat nach einer Aufklärung des NSU-Komplex. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses in NRW hat dazu kaum einen Beitrag leisten können. Zwar stellt der Bericht einen umfangreichen Überblick über die neonazistische Szene in NRW seit 1991 dar, aufklärende Elemente zu den Tathergängen und möglichen Unterstützer*innen des NSU sowie über ein mögliches Fehlverhalten der Behörden liefert er jedoch nicht. Unzufrieden zeigt sich auch die Piraten-Fraktion im Abschlussbericht: „Die Ergebnisse dazu konnten nur in einem völlig unzureichenden Maße in diesem Abschlussbericht dargestellt werden, da zahlreiche Akten und Aussagen von Mitarbeiter*innen aus ‘Quellenschutzgründen’ und



In Kassel fand am 6. April 2017 die Demonstration „Kein nächstes Opfer“ statt, die an die Opfer des NSU und insbesondere an Halit Yozgat erinnerte. (Foto: rod)

ähnlichem nicht öffentlich dargestellt werden dürfen.“

Es sei klar gewesen, dass der Ausschuss nicht die Namen, „nicht den sicheren Teil der Unterstützer liefern könnte“, sagte Carsten Ilius, Anwalt der Familie Kubaşık, gegenüber dem WDR. Dennoch hätte der „Ausschuss sehr viel mehr, aufgrund der vielen starken Indizien, die der Bericht liefert, Thesen zuspitzen können, die dahin gehen, was für eine Unterstützung in Dortmund spricht.“ Die vermissten Thesen beziehen sich vor allem auf die engen Verbindungen der Kasseler und Dortmunder Neonaziszene. Dafür steht konkret vor allem die „Oidoxie Streetfighting Crew“, die eine Art Saalschutz der Dortmunder Rechtsrockband Oidoxie war und sich auch darüber hinaus politisch engagierte. Sie war das Bindeglied der Neonaziszene in den beiden Städten.

Streit über institutionellen Rassismus

Hinweise auf einen möglichen Aufenthalt des NSU-Kerntrios in Dortmund lieferte zuletzt außerdem ein Beitrag der ZDF-Sendung *Frontal 21*. Darin erklärt ein Zeuge, dass er in Dortmund mit den beiden Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos auf einer Baustelle gearbeitet und auch die Angeklagte Beate Zschäpe in Dortmund gesehen habe. Vom Bundeskriminalamt wurde der Zeuge als „glaubwürdig“ eingestuft. Im NSU-Prozess werden wahrscheinlich keine Zeug*innen mehr gehört, auch der Untersuchungsausschuss im Bund hat die Beweisaufnahme

abgeschlossen.

Für die Angehörigen der Opfer ist jedoch nicht nur die mangelnde Aufklärung ein Problem. Sie leiden auch heute noch unter den falschen Verdächtigungen von damals. Polizei und Staatsanwaltschaft hatten die Täterschaft der Mord- und Anschlagsserie stets im Umfeld der Opfer vermutet. Das bleibt auch weiterhin Thema, wie kürzlich der „Tag der Solidarität“ am 4. April in Dortmund zeigte. Die Initiative, bei der die Angehörigen gemeinsam mit Teilen der Dortmunder Zivilgesellschaft Mehmet Kubaşık gedenken, beklagt auch weiterhin institutionellen Rassismus, der „auch heute noch Bestandteil polizeilicher Ermittlungen [ist]. Darum heißt Erinnern für uns immer auch kämpfen“, sagte das Bündnis am Dienstagabend vor dem Gedenkstein für die Opfer des NSU.

Dabei will man in der CDU-Fraktion des Landtages von institutionellem Rassismus jedoch nichts wissen. „In keinem Fall festzustellen“ sei es, „dass der Grund für die fehlenden Ermittlungen in diese Richtung [Anm. d. Red.: Rechtsterrorismus] ein den Sicherheitsbehörden von verschiedener Seite vorgeworfener ‚institutioneller Rassismus‘ gewesen wäre.“ Die Opfer und Angehörigen der NSU-Anschläge hingegen kämpfen teilweise noch heute mit den psychischen Folgen der Ermittlungen gegen sie. Auch deshalb wird vom 17. bis 21. Mai in Köln das Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ stattfinden, bei dem Opfer, Familien und Angehörige über ihre Erfahrungen und Forderungen sprechen werden. [rod]

Hoffen auf die fünf Prozent



Spitzenkandidat*innen der Linkspartei NRW: Özlem Demirel und Christian Leye. (Foto: Irina Neszeri/flickr.com, CC 2.0)

Nachdem wir uns in den vergangenen Ausgaben den Themenschwerpunkten der SPD und Bündnis 90/Grünen, sowie der CDU gewidmet haben, blicken wir nun auf die bislang außerparlamentarische Opposition. Die Linke NRW ist noch nie im nordrhein-westfälischen Landtag in Regierungsverantwortung gewesen. Das soll sich am 14. Mai ändern – jedenfalls wenn es nach der Landespartei geht. Die Linksjugend Solid steht dem Ganzen skeptischer gegenüber. Wir haben das Wahlprogramm der Linken im Punkte Bildungs-, Migrations-, Arbeits- und Umweltpolitik unter die Lupe genommen.

„Zeig Stärke!“ heißt es auf den rot eingefärbten Wahlplakaten der Linken, die inzwischen im ganzen Bundesland hängen. Denn in knapp fünf Wochen, am 14. Mai, wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Nachdem die Linkspartei den Einzug in den Landtag 2012 verpasste, will sie nun wieder mitbestimmen – sei es als Opposition oder als Regierungspartei. Dazu hatten die Parteimitglieder bereits im November 2016 in Essen ihr Wahlprogramm für NRW beschlossen. Mit diesem soll Wähler*innen eine Alternative zur derzeitigen rot-grünen Landesregierung geboten werden, wenn auch eine Regierungsbeteiligung ohne SPD oder Bündnis 90/die Grünen nicht möglich ist. Andererseits hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) bereits mehrfach geäußert, dass sie die Linke nicht für regierungsfähig halte. In ihrem Wahlprogramm wirft die Linke der Landesregierung hingegen vor, sie würde „eher schlecht als recht“ die bestehenden Verhältnisse verwalten und schreibt: „Wir wollen diese Verhältnisse ändern“.

Kostenlose, bessere Bildung für alle

Wie das konkret geschehen soll, sieht das Wahlprogramm zwar vor, bleibt an manchen Stellen jedoch wage. In der Bildungspolitik fordern die Linken einen „offenen und gleichberechtigten Zugang zu Bildung“. „Die beinhaltet die Gleichberechtigung

der Menschen unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder Religion“, heißt es. Als erster Schritt müssten dazu Kitas gebührenfrei sein und besser betreut werden. Auch im kontroversen G8/G9-Diskurs hat die Partei eine klare Meinung: „Die Schulzeitverkürzung auf 8 Jahre muss sofort zurückgenommen werden“. Die gleiche Position vertritt auch die Linksjugend Solid: „In neun bis zwölf Jahren so viel Lernstoff in sich hineinzustopfen wie möglich, entspricht kapitalistischer Verwertungslogik – die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist das Ziel dieses Bildungssystems“, urteilt Nadine Bendahou, Landessprecherin von Solid. Statt dem ständigen Hin und Her zwischen G8 und G9 ein Ende zu setzen, sollte aber vielleicht darüber nachgedacht werden wie das Schulsystem unter G8 inhaltlich verbessert werden könnte. Das spricht das Wahlprogramm allerdings nicht an.

Was die Hochschulen und die universitäre Bildung angeht, sieht die Linke unmittelbaren Handlungsbedarf. „Die Universitäten entwickeln sich zu unternehmerischen Hochschulen, die untereinander im harten Wettbewerb um Exzellenzförderungen und Drittmittel stehen, auch weil die staatliche Hochschulfinanzierung nicht ausreichend angepasst wird“, moniert die Partei. Die daraus resultierende „Unterteilung in Zwei-Klassen-Akademiker*innen“ gelte es zu stoppen. Schließlich haben natur- und ingenieurwissenschaftliche einen größeren finanziellen Handlungsspielraum als beispielsweise geisteswissenschaftliche Fakultäten. Außerdem setzt sich die Linke dafür ein, dass die Betreuungssituation von Studierenden verbessert, der Numerus Clausus abgeschafft und mehr Studienplätze zur Verfügung gestellt werden sollen. Das gelte insbesondere für Master-Studienplätze, da viele Bachelor-Absolvent*innen ohne Master in der Arbeitswelt ausgebeutet würden.

Einen Verbesserungsvorschlag, wie junge Akademiker*innen nach dem Bachelor-Abschluss in den Arbeitsmarkt inkludiert und Unternehmen auf sie eingestellt werden können, gibt die Linke jedoch nicht. Schließlich gibt auch einige Gegenbeispiele von Studierenden, die bereits nach dem

Bachelor einen gut bezahlten Job erhalten, wie mehrere Studien, wie beispielsweise die des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) von 2015, belegen. Wie genau die Unterfinanzierung der Hochschulen behoben werden soll, macht das Programm nicht transparent, ebenso wenig die konkreten Ausführungen zur Verbesserung der Qualität der Lehre. Zudem ist fraglich, wie Universitäten – sollte der Numerus Clausus tatsächlich abgeschafft werden – noch mehr Studierende schultern sollen, wenn zusätzlich zu Lehrenden auch Raumkapazitäten begrenzt sind. Zusätzlich fordert die Linke eine Anpassung der Höhe der BAföG-Sätze an aktualisierte Lebenshaltungskosten sowie bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende.

Mehr Rechte für Frauen und, weniger Diskriminierung

Das Thema Gleichberechtigung hat sich die Linke auch abseits der Bildungspolitik auf die Fahne geschrieben. „Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird“, schreiben sie. Dabei sprechen sie sich gegen Diskriminierung jeglicher Form aus. Dazu gehöre besonders die Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgender*. „Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten soll im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden“, heißt es. Dazu fordert die Linke unter anderem den Aufbau einer landesweiten kostenlosen Rechtsberatung für Opfer von Homo- und Transphobie und eine eigene Erfassung solcher Straftaten in der Kriminalstatistik.

Außerdem steht die Stärkung der Frau in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt im Fokus. Noch immer verdienen Frauen bei gleicher Tätigkeit deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen (aktuell berichtete). Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern müsse möglichst schnell geschlossen werden. Gleichzeitig setzt sich die Linke dafür ein, dass mindestens 50 Prozent der Positionen in Leitungsfunktionen und Aufsichtsräten von Frauen besetzt werden sollen. Diese Frauenquote wird oftmals als problematisch gesehen, wenn in dem Moment, in dem Frauen* als Bewerber*innen nur auf Grund ihres Geschlechtes eingestellt werden, männliche Bewerber mit besseren Qualifikationen gleichwohl wegen ihres Geschlechtes den Job nicht erhalten. Gleichzeitig kann wohl aber nur so auf die Unterrepräsentation von Frauen* in gehobenen Berufen aufmerksam gemacht und dem entgegengewirkt werden.

Sexismus solle insgesamt die rote Karte gezeigt und alte Rollenbilder aufgebrochen werden. Dazu gehört auch, dass Lehr- und Lernmaterialien überarbeitet und Lehrer*innen und Erzieher*innen entsprechend ausgebildet werden sollen. Dabei wird insbesondere für sexuelle Selbstbestimmung plädiert und sexuelle Gewalt an Frauen scharf verurteilt. „Politik muss Gewalt gegen Frauen bekämpfen und die Unterstützung der Opfer garan-

tieren“ schreiben die Linken in ihrem Parteiprogramm.

NRW soll offen für Migrant*innen und Geflüchtete sein

Ebenso wie Frauen bekommen Migrant*innen eine spezielle Erwähnung im Linken-Parteiprogramm unter dem Punkt Gleichberechtigung. „Die Linke NRW sieht in der vollständigen gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant*innen die Voraussetzung für eine gut funktionierende Einwanderungsgesellschaft“, schreibt die Partei. Darunter versteht sie unter anderem die Verfahren der Einbürgerung zu vereinfachen, ein Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Migrant*innen einzuführen und ein Antidiskriminierungsgesetz für NRW auszuarbeiten. Dafür könnte eine konstante Prüfung auf Einhaltung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes jedoch mehr Abhilfe schaffen. Gleichzeitig sieht die Linke einen gleichen Zugang zu Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund als eine „grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale[r] Gerechtigkeit in der Gesellschaft“. Zudem fordert die Partei, dass Migrant*innen schneller in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden sollen.

Gegen die Massenabschiebungen in NRW hat sich die Linke immer deutlich positioniert. Auch im Wahlprogramm spricht sich die Partei gegen „das Konstrukt angeblich ‚sicherer Herkunftsländer‘“ aus: „Es widerspricht grundsätzlich dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl“. Die Entscheidung, welches Land als „sicher“ eingestuft wird, obliegt jedoch dem Bund und nicht dem Land. Das Land NRW kann nur einen zeitlich begrenzten Abschiebestopp über drei Monate erlassen, dessen Verlängerung wiederum vom Bund beschlossen werden müsste. In diesem Zusammenhang fordert das Programm auch die Sonderlager, also die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes NRW, für Geflüchtete aus Balkan-Staaten sowie Abschiebehaftanstalten aufzulösen. Geflüchtete sollen unabhängig von ihrem Herkunftsland und der ‚Bleibeperspektive‘ angemessen betreut und untergebracht werden.

„NRW soll ein Land sein, das Geflüchteten offen gegenübertritt“, schreibt die Partei. Dafür soll die Öffentlichkeit auch weiter für Geflüchtete sensibilisiert werden. Was darunter verstanden wird, benennt das Programm nicht. Offen bleibt auch, wie sich die Linke, sollte sie tatsächlich mit Rot-Grün koalieren, weiter gegen Abschiebungen positionieren wird. Unter der derzeitigen Landesregierung wurde auch nach Afghanistan abgeschoben (aktuell berichtete). Die Linksjugend Solid hatte sich vor kurzem bereits klar gegen eine Regierungsbeteiligung und stattdessen für eine Stärkung des außerparlamentarischen Protestes ausgesprochen. Grundsätze wie die Positionierung gegen Abschiebungen dürften nicht über Bord geworfen werden, um an einer Regierung beteiligt zu sein. „Sie würden sich weiter in die Politik des staatlichen Rassismus einreihen“, sagt Landessprecherin Bendahou.



Gegen SPD: Auch in der Bildungspolitik. (Foto: rat)

Nein zu Rassismus, Ja zur Energiewende

In Punkto Rassismus spricht sich die Partei explizit gegen antimuslimischen Rassismus und Islamhass aus. „Weder Frauen mit Kopftuch, noch Moscheen sind das Problem, sondern deren gesellschaftliche Stigmatisierung. Es mangelt nicht an Islamkritik, sondern an einer klaren Haltung gegen antimuslimischen Rassismus“, befindet auch Bendahou. Das Engagement gegen Antisemitismus findet sich bei der Partei lediglich in einem Nebensatz: „Die Linke setzt sich ein gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Islamhass.“ Vor allem die Linke in NRW als Unterstützer*innen und die Organisator*innen von Linksjugend Solid Ruhr wurden im Anschluss an heftige antisemitische Ausschreitungen nach einer Demonstration gegen den Gaza-Krieg im Sommer 2014 für ihre fehlende Positionierung gegen Antisemitismus nicht nur vom Bundesvorstand der Partei gerügt.

Was die Energiewende betrifft, fordert das Wahlprogramm ein „umfassendes Klimaschutzprogramm zur Energieeinsparung und zur Förderung erneuerbarer Energien“. Dazu gehört für die Linke der sofortige Ausstieg aus der Braunkohle und der schnellstmögliche Ausstieg aus der Steinkohle. Stattdessen soll auf erneuerbare Energiequellen wie Wind- und Solarenergie gesetzt werden. Außerdem soll sich NRW dafür einsetzen, dass Atomkraftwerke in Nachbarländern stillgelegt werden sollen. Inwieweit sich das realisieren lässt ist jedoch fraglich. Ein weiterer zentraler Punkt im Wahlprogramm ist die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche und einem Mindestlohn in Höhe von 12 Euro. Insgesamt bleiben viele Punkte im Wahlprogramm der Linken NRW wage. Auch der Jugendverband Solid konnte auf Anfrage der aktuell einige inhaltliche Nachfragen nicht beantworten, da man nicht für die Mutterpartei sprechen könne und wolle. Am 14. Mai wird sich zeigen, ob das Programm Wähler*innen überzeugt hat und die Linke wieder in den Landtag einziehen wird. [rat]

Belauschen!

Campus Slam



In Kooperation mit WortLautRuhr veranstaltet der AStA wieder einen Campus Slam. Mit dabei sind unter anderem Tanasgol Sabbagh, Florian Stein und Sira Busch. Slam Poet Sebastian23, der allzu oft bereits auf der universitären Bühne stand und seine literarischen Ergüsse vortrug, übernimmt dieses Mal die Moderation des Abends. Studierende der UDE zahlen 2 Euro und können Tickets sowie einen Gutschein für ein Freigetränk im Sekretariat des AStAs erwerben. „Externe“ zahlen 5 Euro an der Abendkasse.

↗ **Dienstag, 25. April, ab 20 Uhr, Audimax (LX1205), Campus Duisburg, Eintritt 2 Euro**

Bestaunen!

Theaterstück: Fear

Die AfD wollte die Aufführung in Berlin noch verhindern, jetzt kommt Falk Richters Theaterstück FEAR an die UDE. Die Theatergruppe des Pudels Kern an der UDE führt es auf. Im Zentrum stehen Hassrede, Vernichtungsfantasien und rechte Rattenfänger*innen. Dem Hass entgegengesetzt werden das Lachen und die Gemeinschaft. In Kooperation mit der Germanistik und dem AStA.

↗ **Samstag, 22. April & Sonntag, 23. April, 19 Uhr, Glaspavillon, Campus Essen, Eintritt frei**

Ballern!

Sooke-Konzert

„Ich fänds unanständig keine Feminist*in zu sein“ rappt die Berliner Künstlerin Sookee. Unanständig wäre es auch, ihre neue Tour mit dem gleichnamigen frischen Alben *Mortem & Make Up* zu verpassen. Wer zu deepen Rap-Sounds abzappeln will, sollte sich Konzert-Karten für die queere Rapperin in Bochum besorgen. Fans haben also die Wahl: Einsame Insel oder Bahnhof Langendreer.

↗ **Donnerstag, 20. April, ab 19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, Bochum, Tickets online, 18 Euro**

Bündnis für eine demokratische und humanistische Gesellschaft

Brexit, Trump und Populist*innen in Europa – Unsere Gesellschaft verändert sich. Aus demokratischer Sicht alles andere als zum Guten. Doch was können wir Einzelne schon tun? Eine ganze Menge – sagt Nina Kiedrowicz, 24 Jahre und Studierende an der Universität Duisburg Essen. Aus einem Facebook-Post entstand das Bündnis Arbeitskreis Demokratie. aktuell-Redakteur Meiko Huismann hat die Studentin zum Interview getroffen.

aktuell: Wie bist du auf die Idee gekommen, dich und andere Menschen zu motivieren, politisch aktiv zu werden?

Nina Kiedrowicz: Ich saß oft mit Freunden in der Kneipe auf ein Bier zusammen. Dabei haben wir immer wieder drüber geredet, dass da gerade Dinge passieren und nicht erst seit kurzem, die echt Angst einflößend sind. Wir haben das Gefühl, dass da eine Veränderung im Gange ist, die grundlegend das System, in dem wir leben, bedroht. Wir haben immer wieder darüber geredet und uns gefragt, was wir tun können. Der ausschlaggebende Punkt war dann einfach Trump. Nach der Wahl dachten wir, das kann doch nicht sein. Wir waren richtig geschockt. Und das war für uns der Wendepunkt, wo wir sagten, dass wir uns das Ganze nicht länger passiv anschauen und nichts tun.

aktuell: Wo habt ihr dann angesetzt?

Kiedrowicz: Wir haben uns überlegt, was wir eigentlich wollen. Mit wem wir reden wollen und ganz wichtig, wen wir erreichen wollen. Also die ganz extremen Menschen, an die kommt man halt nicht mit Argumenten ran. Aber es gibt viele Menschen, die haben berechtigte Sorgen. Ich kann es verstehen, wenn zum Beispiel der eigenen Mutter später die Rente nicht zum Leben reicht. Die Sorge kann ich verstehen, aber das hat nichts mit den geflüchteten Menschen zu tun, die hier Schutz suchen. Wir wollen an die Menschen heran, die Ängste und Sorgen haben und sich von den Populisten abgeholt fühlen. Genau die wollen wir erreichen. Denn wir als Gesellschaft können ja auch was verändern. Nicht nur auf „die da oben pöbeln“, sondern mitgestalten, das ist unsere Idee. Wir wollen in den Dialog treten mit den Menschen und auch gezielt darauf eingehen, was verändert werden kann und muss. Gerade das Potenzial im Ruhrgebiet an Menschen, Gruppen, Organisationen und Vereinen ist riesig. Und dann haben wir angefangen, alle anzuschreiben und zu schauen, wie wir an die



*Symbolbild: Arbeiter*innen kämpfen auch heute noch für demokratische Teilhabe. (Foto: mehu)*

se Menschen rankommen. Es verbindet uns ja die Idee der Demokratie. Wie unser Name schon sagt: Für eine demokratische und humanistische Gesellschaft.

aktuell: Du sagtest gerade, dass ihr auf viele Organisationen zugegangen seid. Wieso habt ihr ein neues Projekt gestartet und euch nicht irgendwo angeschlossen?

Kiedrowicz: Diese Frage wurde uns häufig gestellt und ist auch berechtigt. Also wir sehen uns jetzt nicht als Dachverband der Initiativen, die es schon gibt. Wir denken ganz einfach, dass man die Ressourcen und Potenziale nutzt. Wenn wir zum Beispiel eine Aktion an Schulen machen wollen und brauchen dafür Kontakte zu Schulen und wir haben eine Organisation, die viel in Schulen macht, warum sollen wir das nicht zusammenbringen?

aktuell: Du sprichst von „Aktionen“. Wie sähen solche Aktionen konkret aus?

Kiedrowicz: Wir haben verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Eine davon organisiert demnächst ein Stammtischparolen-Training, also wie man am besten auf Stammtischparolen reagiert. Argumentiere ich mit Fakten oder emotional. Wenn wir mit Menschen ins Gespräch kommen, dann sehen wir das als ersten Schritt für uns. Aber wir wollen dieses Training auch vielen Leuten zugänglich machen, nicht nur Studierenden beispielsweise. Eine andere Aktion wäre, dass wir uns in den öffentlichen Raum stellen, mit einer Art

Infostand oder einer Couch und mit provokanten Thesen auf einem Banner beispielsweise Aufmerksamkeit erregen, um dann mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und auch konkret zu fragen, was die Leute beschäftigt. Vor der Landtagswahl am 14. Mai wollen wir auf jeden Fall schon was auf der Straße gemacht haben. Das ist unsere mittelfristige Zielsetzung.

aktuell: ...und langfristig? Wo siehst du das Projekt beispielsweise in einem Jahr?

Kiedrowicz: Das ist auch ein wichtiger Punkt. Wir haben uns gesagt, dass wir keine Reaktion sind auf Themen, die von der AfD gesetzt werden. Wenn die Bundestagswahl im September „gut ausgeht“ und die AfD beispielsweise nur zwei Prozent bekommt, dann machen wir trotzdem weiter. Wir wollen mitgestalten und das über Wahlen hinaus. Ich hoffe es wird sich weiter festigen im Ruhrgebiet, sodass wir präsent sind, und Leute erreichen, auch Nichtwähler, um denen zu zeigen, dass alle Gesellschaft und Politik mitbestimmen können.

aktuell: Wie viele engagieren sich denn derzeit im Bündnis?

Kiedrowicz: Also in unserem Email-Verteiler sind zirka 60 Leute drin. Aber es sind auch viele dabei, die unsere Idee unterstützen und sich über unsere Treffen informieren wollen, aber selbst nicht teilnehmen. Von denen bekomme ich regelmäßig Feedback und daran merke ich auch, dass viele interessiert sind, aber nicht zu jedem Treffen Zeit haben selber zu kommen. Aber das ist gar nicht schlimm. Auch wenn Leute nur einzelne Aktionen unterstützen wollen, dürfen sie das gerne tun. Jeder darf sich bei uns einbringen, wie er es zeitlich hinbekommt. Das war uns wichtig.

aktuell: Wenn Leute sich einbringen möchten. Wie erreichen sie euch?

Kiedrowicz: Wir haben ein Profil auf www.change.org, einer Plattform, die gemeinnützigen Organisationen Raum gibt, sich zu präsentieren und zu organisieren. Dort kann man sich unser Kurzprofil ansehen. Auf lange Sicht wollen wir auch von dem Email-Verteiler weg und uns auf dieser Plattform organisieren. Unser nächstes Treffen ist am Montag, 24. April um 19 Uhr am Essener Campus in Raum R12 Ro5 A69.

Vaxxed: Stimmungsmache in Horrorfilmmanier



Düstere Kulisse. Im Filmstudio Glückauf wurde übers Impfen debattiert. (Foto: Lorenza Kaib)

Am Mittwoch, 5. April, wurde im Filmstudio Glückauf in Essen der Film *Vaxxed* — *Eine unbequeme Wahrheit!* trotz zuvor formiertem Protest und unter Wachschutz gezeigt. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema Impfung, moderiert von der Medizinjournalistin Christine Kostrzewa, beantworteten der Regisseur Andrew Wakefield, Rainer Kundt, Leitender Amtsarzt der Stadt Essen, und Alfred Längler, Leitender Arzt der Abteilung Kinder- und Jugendmedizin, Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, über eine Stunde lang die Fragen des Publikums.

Von Gastautorin Lorenza Kaib

Weinende, schreiende Kinder. Bestürzte und hilflos wirkende Eltern. Eingespielte Interviewmitschnitte sorgen für das zusätzliche Spannungsgefühl. Der Trailer macht es bereits deutlich: *Vaxxed* soll polarisieren. Es wird suggeriert, dass die Filmemacher nun endlich die einzig wahre Wahrheit ans Licht bringen und Skandale aufdecken. Auch die Werbung für den Film spielt stark mit den Gefühlen der Betrachtenden: Auf einem der Bilder ist das Gesicht eines Kindes zu sehen, neben seinem Kopf in der Luft drohend zwei Spritzen. Der Mund des Kindes ist nicht zu sehen — die Frage, ob es sprechen kann oder nicht, vielleicht sogar zum Schweigen gebracht wurde, sollen sich aufdrängen.

Die Persona Wakefield: Arzt, Filmemacher und Betrüger?

Um den Inhalt und die Kontroverse um *Vaxxed* zu verstehen, ist es unabdingbar, einen Blick auf die Vorgeschichte des Films zu werfen. Regisseur und zentrale Figur des Films ist Andrew Wakefield. 1998 veröffentlichte der britische Gastroenterologe seinen einen Bericht im renommierten britischen Peer-Review Magazin *The Lancet*, das die Artikel

der wissenschaftlichen Autor*innen eigentlich mit Doppelblindgutachten überprüft. In Wakefields Bericht werden die Fälle von zwölf autistischen Kindern analysiert, die von ihm ein Jahr lang untersucht wurden. Zwar ziehen er und die 14 beteiligten Wissenschaftler*innen keinen direkten Zusammenhang zwischen Impfung und Autismus, jedoch lassen sie die Frage im Raum stehen, ob Autismus durch die MMR-Impfung ausgelöst worden sein konnte. Wakefield empfahl danach öffentlich auf die dreifache Impfung zu verzichten. Im Jahr 2004 wurde dann im Zuge einer Recherche der *Sunday Times* aufgedeckt, dass Wakefield bei seiner Studie Drittmittel in Höhe von 55.000 Pfund von Anwälten autistischer Kinder bekam, die explizit auf der Suche nach Zusammenhängen zwischen der MMR-Impfung und Autismus waren, um Pharmafirmen verklagen zu können.

Der *Lancet* stellte daraufhin klar, dass die Studie in dieser Form nie hätte veröffentlicht werden dürfen und zehn der dreizehn beteiligten Forscher*innen traten von der Studie zurück. Die britische Ärztekammer begann mit Ermittlungen. Offengelegt wurde außerdem, dass Wakefield Patente an Konkurrenzprodukten zu MMR hielt und weitere 3,5 Millionen Pfund von Impfgegner*innen und ihren Anwälten erhielt. 2010 kam die britische Ärztekammer zum Ergebnis, dass Wakefield in seiner Studie bewusst Zahlen manipuliert und Ergebnisse falsch dargestellt hatte. Seine Approbation wurde ihm entzogen, ein Berufsverbot in Großbritannien erlassen.

Diskurs ohne Betroffene

Mit diesem Wissen scheint es doch befremdlich, Wakefield zu einer Podiumsdiskussion einzuladen. Marianne Menze, Geschäftsführerin der Essener Filmkunsttheater GmbH, sagt, sie habe keine Meinung zum Thema Impfen. Sie selbst würde ihre Kinder wahrscheinlich impfen lassen. Was sie dazu bewog, den Film trotz Protesten und Shitstorms zu zeigen, wären vor allem die Versuche einer moralischen Beeinflussung seitens der Impfbefürworter*innen gewesen: „Ihr unterstützt einen Verbrecher, ihr nehmt den Tod von Tausenden von Kindern in Kauf. Das und mehr haben wir zu hören bekommen“, so Menze. Im Filmstudio entschied man sich daraufhin, eine Podiumsdiskussion zu veranstalten. Die Geschäftsführerin appelliert — ebenso, wie Impfgegner*innen und Impfbefürworter*innen — an die Moral: „Wenn man in unserem Land jetzt anfängt, durch einen Shitstorm Dinge zu verhindern, Diskussionen zu unterbinden, dann wird es sehr bedenklich. Wir leben noch immer in einem Land, in dem Debattekultur einmal groß geschrieben wurde.“

Melanie Eckenfels, Journalistin, Aktivistin und Autistin, telefonierte im Vorfeld mit Menze. Sie beschreibt das Gespräch als konstruktiv: „Sie hat sich zumindest angehört, was ich ihr zu berichten hatte. Das wird leider voraussichtlich die Aufführung heute Abend nicht verhindern, jedoch hoffentlich in der Zukunft etwas bewirken können“, so Eckenfels. Diese Reaktion sei eher eine Ausnah-

me, mehrheitlich bekommt die Journalistin, die sich dafür engagiert, dass der Film nicht in deutschen Kinos gezeigt wird, negative Reaktionen seitens der Kinobetreiber*innen. „Wakefield ist einer von relativ vielen Gruppen oder auch Interessenten, die Autismus benutzen, um ihre Agenda zu transportieren. Dafür ist es den Leuten sehr wichtig, Autismus besonders dramatisch darzustellen, als besonders schädlich. Da kommt immer wieder auf, dass Familien dadurch zerstört werden und die Eltern verzweifeln. Es wird ein Bild von Autismus geschaffen, das nicht der Realität entspricht“, so Aktivistin Eckenfels. Besonders stört sie, dass Betroffene und ihre Angehörigen nicht zu Wort kommen, da Impfgegner*innen und Personen wie Wakefield den Diskurs dominieren würden: „Es ist für mich auch persönlich beleidigend, weil ich merke, dass ich missbraucht werde. Ich werde missbraucht von einigen Betrüger*en“, so Eckenfels.

„Ich würde jetzt gern den Film der Gegenseite sehen“

Zu Anfang der Podiumsdiskussion im Essener Kino kommt Amtsarzt Kundt zu Wort. Er empfindet vieles vom Gezeigten als beunruhigend, sagt jedoch auch deutlich, dass er den Film als einseitig sehe und nun gern das Ganze aus einer anderen Perspektive sehen würde, etwa der seinerseits von Wakefield des Betrugs beschuldigten amerikanischen Behörde Centers for Disease Control and Prevention (CDC). Darauf schallen ihm höhnische Rufe aus dem Publikum entgegen, dass die Gegenseite ja nicht habe mitmachen wollen bei der Produktion des Films.

Moderatorin Kostrzewa sowie die beiden Ärzte Kundt und Längler betonen immer wieder, dass es nicht um ein generelles ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ zum Impfen gehe, sondern jede*r die eigene individuelle Entscheidung für sich treffen müsse, wann welche Impfung Sinn mache. „Meine Erfahrung als Medizinjournalistin seit über 20 Jahren ist, dass beim Impfen die Datenlage sehr schwierig und dünn ist“, so Kostrzewa. Längler und Kundt machen ebenfalls keinen Hehl daraus, dass sie sich unabhängige Forschung wünschen würden und eine größere Vielfalt an Herstellern statt Monopolisten wie Glaxo Smith Kline und Merck.

Der Regisseur des Films stellte zu Anfang der Diskussionsrunde beiläufig fest, dass er keine Fragen zu seiner Person beantworten werde. Er versuchte durchgehend, von seinem eigenen ethisch und wissenschaftlich unkorrekten Verhalten durch den von ihm vermeintlich aufgedeckten und bislang nicht bewiesenen Betrug der CDC abzulenken. Er scheut sich auch nicht, auf die Tränenrüse zu drücken, als einer seiner Anhänger anspricht, dass Wakefield seine Approbation in Großbritannien fälschlicherweise verloren habe. Der Zuhörer fragt darauf, wie es nun mit ihm weitergehe. Seine Approbation, die könne er nicht mehr wiedererlangen — er stehe jetzt nur hier wegen dem Wohle der Kinder.

Den vollen Artikel findet ihr unter akuell.de

Zeitungsredakteur*innen gesucht



Kreative Schreiberlinge aufgepasst: Wir suchen wieder Unterstützung für unsere Redaktion!

Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion eine*n neue*n Redakteur*in.

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Sonntag, **14. Mai 2017** an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Katharina Herbich

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Lea Sleimann (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Robin Dullinge (rod)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

8		4	7	1	
	1	2			
3	6		8		2
6	8			4	
	3	2		1	8
		4		3	6
2		7		9	1
			9	5	
	8	3	5		4

WOHNHEIMGESCHICHTEN

